

«Die Schule muss das in Kauf nehmen»

SVP-Präsident Marco Chiesa nimmt Stellung zum Gender-Tag in Stäfa. Und er will im Asylbereich die Grenzen zu Italien schliessen.
Interview: Simon Marti

NZZ am Sonntag: Der Schweiz muss es sehr gut gehen, wenn sich die stärkste Partei im Land am Gender-Tag in Stäfa abarbeitet. Woher kommt Ihre Angst vor solchen Veranstaltungen?

Marco Chiesa: Wir wollen keine Indoktrination von Kindern, wir wollen keine Gender-Ideologie, die biologische Tatsachen leugnet. Es gibt biologische Frauen und Männer, basta. Wer das Gegenteil verbreitet, kann auch behaupten, die Erde sei eine flache Scheibe. Solcher Unsinn hat an Schulen nichts verloren.

Der Anlass ging jahrelang ohne Schwierigkeiten über die Bühne. Die Schulkinder lernen etwas über Geschlechterrollen, Liebe und Sexualität. Wo ist das Problem?

Die Zahl der Schüler, die nicht gut genug lesen können, um im Beruf zu bestehen, wächst. Wir brauchen eine Schule, die Kompetenzen vermittelt und keine Ideologie, die Kinder verwirrt.

SVP-Nationalrat Andreas Glarner hat diesen Tag verhindert, indem er die Einladung samt Telefonnummer ins Netz gestellt hat. In der Folge wurde die Schule mit Bedrohungen und Beschimpfungen überschwemmt. Ist der SVP im Wahljahr jedes Mittel recht, um Stimmung zu machen?

Dieser Brief war schon auf Social Media, als Glarner ihn publizierte. Problematisch ist nicht Glarner, problematisch ist der obligatorische Gender-Tag. Und die Opfer in dieser Geschichte sind die Kinder und nicht die Schule.

Das dürften die Lehrpersonen anders sehen, die bedroht werden.

Drohungen sind untragbar, ich verurteile sie scharf.

Die SVP provoziert diese Drohungen, wenn sie Schulen an den Pranger stellt. Sie wissen haargenau, was dann passiert.

Die Schule muss das in Kauf nehmen, wenn sie einen solchen Tag auf einem Brief samt Gender-Logo und Telefonnummer ankündigt.

Es ist nicht das erste Mal, dass so etwas passiert. 2019 veröffentlichte Glarner die Nummer einer Lehrerin, die Schüler während des Ramadans dispensierte. Sie wurde derart beschimpft und bedroht, dass sie zeitweise nicht mehr unterrichten konnte. Warum zielt Ihre Partei auf Lehrpersonen, die einfach nur den Lehrplan einhalten?

Warum reden Sie immer von Glarner? Lassen Sie uns über den Ramadan diskutieren oder über die Gender-Ideologie. Wir aber sprechen nur über eine Person, die den Finger auf diese Themen legt. Glarner hat klargemacht, dass es untragbar ist, dass eine Schule diese Ideologie weitergibt.

Das ist nichts anderes als der Versuch, einen Kulturkampf zu importieren, den die Rechten in den USA schon länger erfolgreich führen.

Entschuldigung, aber die SVP ist nicht erst seit gestern eine liberal-konservative Partei. Das steht schon etwas länger in unserem Parteiprogramm. Wir wollen unsere Werte bewahren.

Kein Gender-Tag wird sie Ihnen wegnehmen.

Viele Leute wollen einfach keinen Gender-Tag und keine freien Schultage während des Ramadans. Aber wie hat es Ueli Maurer richtig gesagt: Man traut es sich nicht mehr zu sagen.

Die SVP ist die grösste Partei im Land, und Ueli Maurer hat ein Politikerleben lang gesagt, was ihm gerade durch den Kopf ging. Es hat ihm auf dem Weg in den Bundesrat nicht geschadet.

Ich sage Ihnen auch, was ich denke, und bin mir doch bewusst, was in meinem Postfach los sein wird, wenn dieses Interview publiziert wird.

In Zürich wird sogar über den Genderstern abgestimmt. Ist das die Taktik der SVP, Urmengänge über Schriftzeichen?

Dank uns kann die Bevölkerung abstimmen über die Gender-Ideologie einer abgehobenen Minderheit.

Mitte Juni steht eine andere Abstimmung an, jene über das Klimaschutz-Gesetz. Die SVP engagiert sich als einzige Partei für ein Nein. Macht Ihnen der Genderstern mehr Sorgen als der Klimawandel?

Mir ist der Klimawandel bewusst, genauso, wie mir bewusst ist, dass die Schweiz nichts tun kann, um ihn im Alleingang zu verhindern.

Sie kann mithelfen, ihn zu bremsen.

Ja, unbedingt. Aber nicht mit dieser Vorlage, die nichts ist als sehr teure Symbolpolitik. Ich bin für die Wasserkraft, ich bin für den Ausbau sinnvoller Fotovoltaik-Anlagen. Das ist der Unterschied zwischen Utopie und realistischen Zielen. Das gilt auch für die Kernkraft: Sie ist die Technologie, die helfen wird, den CO₂-Ausstoss zu vermindern. Aber was tun die sogenannten ökologischen Parteien? Sie verbieten diese Technologie, ohne Rücksicht auf die Versorgungssicherheit. Das ist unehrliche, ja, gefährliche Politik.

Wird SVP-Bundesrat Albert Rösti der Kernkraft zu einem Comeback verhelfen?

Er hat schon klargemacht, dass wir uns über dieses Technologieverbot Gedanken machen müssen. Rund um den Globus bauen Länder neue Reaktoren.



Fussball und Politik gleichen sich, findet SVP-Präsident Chiesa: «Verlierer müssen gehen.» (1. 8. 2020)

Denn ohne neue Kernkraftwerke wird bald jeder Winter zum Problem. Bis jetzt haben wir einfach Glück gehabt.

Momentan wirbt Albert Rösti für ein Ja zum Klimaschutzgesetz. Hat er sich bereits von der SVP emanzipiert?

Das muss er tun, und wie er es tut, ist absolut korrekt. Nächste Woche treten wir in einer Debatte gegeneinander an, im Westschweizer Fernsehen. Das macht ihm, glaube ich, etwas mehr Sorgen als mir.

Die Gegner des Klimaschutzgesetzes haben landesweit einen Brief verschickt, in dem steht, der Klimawandel sei «Panikmache», betrieben von «amerikanischen Milliardären». Auch da fischen Sie in einem sehr trüben Teich.

So etwas steht nirgends in unserem Argumentarium.

Der Mann hinter dem Brief ist Mitglied der SVP und hat aus Ihren Reihen einen Zugangs-Badge zum Bundeshaus bekommen.

Das sind weder meine Argumente noch meine Überzeugungen. Der Brief wurde auch ins Tessin verschickt, mit einem Fehler im Titel. Glauben Sie mir, der ging nicht über meinen Tisch. Die richtigen Argumente sind einfach: Die SVP hat sich als einzige Partei früh für die Versorgungssicherheit eingesetzt. Nun kämpfen wir dafür, der Bevölkerung eine stabile und kostengünstige Energieversorgung zu garantieren. Kommt diese betrügerische Vorlage durch, ist beides in Gefahr.

Der Bundesrat hat beschlossen, 25 alte Leopard-Panzer ausser Dienst zu stellen. Diese könnten dereinst nach Deutschland geliefert werden. Warum legen Sie sich da quer?

Das ist einfach heuchlerisch! Wir sagen hier, diese Panzer seien nicht mehr einsatzfähig, aber die Deutschen wollen sie unbedingt.

Und warum wollen sie die Deutschen? Weil Berlin Panzer in die Ukraine schickt und so einem Land hilft, das brutal angegriffen wird.

Klar.

Hoffen Sie auf den Sieg der Russen?

Ich bitte Sie, wir haben diesen Angriffskrieg immer deutlich verurteilt. Aber wollen Sie Partei werden in diesem Krieg?

Die Schweiz wird nicht direkt in die Ukraine liefern.

Unsere Neutralität käme noch stärker unter Druck. Wer an ihr festhält, bekommt keinen Applaus, aber das nehme ich in Kauf.

Wie neutral ist eine Haltung, die dem Aggressor mehr nützt als dem Angegriffenen?

Die Schweiz kann den Krieg nicht beeinflussen. Niemand glaubt ernsthaft, dass das bisschen Munition oder die paar Panzer einen Einfluss auf das Kriegsgeschehen hätten. Doch die Schweiz hätte eine Rolle gehabt als Vermittlerin, die haben wir verspielt. Was bleibt, ist die humanitäre Hilfe. Wir haben mehr als 70 000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen,

obwohl die Schweiz bereits eine immense Zuwanderung verzeichnet.

Das grosse Thema der SVP. Wie kommt es eigentlich, dass die rechte Regierung in Italien die Dublin-Fälle aus der Schweiz nicht mehr zurücknimmt?

Es ist unglaublich. Die Italiener sind überfordert, das Asylsystem der EU ist gescheitert, und der Bund bezahlt auch noch Geld dafür. Wir müssen ein Zeichen setzen.

Welches?

Es braucht schärfere Kontrollen an den Grenzen zu Italien, gerade in den Zügen. Wenn Italien die Personen nicht zurücknimmt, obwohl das Land sich dazu verpflichtet hat, müssen wir dafür sorgen, dass die Migranten gar nicht erst in die Schweiz kommen. Es kann keine offenen Grenzen geben mit Staaten, die sich nicht an den Dublin-Vertrag halten. Das ist ein Vorstoss, den wir derzeit vorbereiten und den der Bund schnell umsetzen kann.

Man darf annehmen, es wird nicht der letzte sein?

Wir müssen die Herkunftsländer der Asyl-Migranten neu bewerten. Fakt ist, es kommen zumeist junge Männer aus der ganzen Welt mit kriminellen Schleppern in die Schweiz, und sie bleiben hier auf Kosten der Steuerzahler. Wir können sie nicht ausschaffen, weil das Herkunftsland als «unsicher» gilt. Das stimmt aber nicht für alle Einwohner, sondern vielleicht für eine bestimmte Gruppe. Die EU kennt heute schon Staaten, die für Frauen unsicher sind, für Männer aber nicht. Das sollte die Schweiz auch machen.

Wann kommt die SVP-Nachhaltigkeits-Initiative, die einen Zuwanderungsstopp vorsieht?

Unser Land ist auf dem Weg zur 10-Millionen-Schweiz! Die Mieten steigen, der Verkehr staut sich, die Schulen haben Probleme. Es kommen einfach zu viele, und es kommen die Falschen. Unser Sonderparteitag am 1. Juli steht ganz im Zeichen einer Zuwanderungs-Offensive. Dort lancieren wir die Initiative. Sofort danach beginnt die Unterschriftensammlung.

Pünktlich zum Wahlkampf. Was passiert mit Ihnen, wenn die Wahlen vorbei sind?

Verlierer müssen gehen, das sind Politik und Fussball gleich.

Ihre Wahl in den Ständerat vor vier Jahren kam für viele überraschend. Kandidieren Sie sicherheitsshalber auch für den Nationalrat?

Das wäre unüblich. Ich kandidiere für den Ständerat, dieses Risiko gehe ich ein.



Ich sage, was ich denke, und bin mir doch bewusst, was in meinem Postfach los sein wird.

Marco Chiesa

Der 48-Jährige ist der erste SVP-Präsident, der nicht aus der Deutschschweiz stammt. Er übernahm die Partei einiger-massen überraschend im Sommer 2020 nach dem Rücktritt von Albert Rösti. Chiesa begann seine politische Laufbahn in der Exekutive seiner Geburtsstadt Lugano, ab 2007 vertrat er die SVP im Tessiner Grossen Rat. 2015 gelang dem Betriebswirtschaftler die Wahl in den Nationalrat, vier Jahre später wählten ihn die Tessiner in den Ständerat.